

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Garbe, Frau Schilling und der Fraktion DIE GRÜNEN

Menschliches Operationsgut als Alternative zum Tierversuch

Die möglichst rasche Entwicklung von Alternativmethoden zum Tierversuch, um die Zahl der Tierversuche einzuschränken, ist erklärtes Ziel des Deutschen Bundestages.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Fördermittel wurden seit 1980 für Alternativmethoden zum Tierversuch aus Bundesmitteln jährlich zur Verfügung gestellt?
2. In welchem Umfang haben die dadurch entwickelten Alternativmethoden bislang zur Verringerung der Zahl der Tierversuche beigetragen?
3. Warum wurden in den letzten Jahren die Ausgaben für Förderungsmittel zur Erforschung von Alternativmethoden zum Tierversuch gesenkt?
4. Fördert die Bundesregierung inzwischen das Forschungsvorhaben „Menschliches Operationsgut als Alternative zum Tierversuch“ am Klinikum Großhadern in München? Wenn nein, wieso nicht?
5. Wie erklärt die Bundesregierung den Umstand, daß der Projektvorschlag, der von 40 namhaften Wissenschaftlern befürwortet und unterstützt wird, zwei Jahre nach seiner Einreichung beim BMFT noch nicht abschließend beschieden worden ist?
6. Ist es zutreffend, daß die Prüfung dieses Förderungsantrags eine ungewöhnlich lange Zeit in Anspruch nimmt, und wenn ja, hält die Bundesregierung in Anbetracht der Aktualität und der Wichtigkeit der Reduzierung von Tierversuchen eine weitere Verzögerung des Projekts für verantwortbar?
7. Ist es zutreffend, daß in anderen Ländern bereits Fortschritte bei der Anwendung von menschlichem Operationsgewebe in der experimentellen Medizin erzielt wurden?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Verwendung menschlichen Operationsguts als Alternative zum Tierversuch, wann

ist mit der Bereitstellung von Forschungsmitteln für solche Projekte zu rechnen, und welche weiteren Anstrengungen wird die Bundesregierung unternehmen, um diese Richtung der experimentellen Medizin als Alternative zum Tierversuch weiter auszubauen?

Bonn, den 12. Januar 1989

Frau Garbe

Frau Schilling

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion